

Niederschrift

über die in der 03. Sitzung des Kreisausschusses am 27.11.2014 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 17:44 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17:44 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:45 Uhr

anwesend sind

Düllings, Paul	Issum
Giesen, Heinz	Geldern
Mulder, Andy	Kleve
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Wucherpennig, Brigitte	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Krystof, David	Goch
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Natrop, Mathias	Kranenburg

entschuldigt sind

Croonenbroek, Hubertina
Sickelmann, Ute

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Klüsener, Margit
Keuken, Ruth
Lamers, Silke
Windmüller, Christina
Lamers, Monika

als Schriftführerin

Windmüller, Christina

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Landrat weist auf nachgereichte Unterlagen hin:

- Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 20.11.2014 zu Tagesordnungspunkt 1
- Ergänzungsvorlage Nr. 111a/WP14 vom 26.11.2014 zu Tagesordnungspunkt 4 nebst Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.11.2014
- Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kreistagsfraktion DIE LINKE / PIRATEN vom 25.11.2014 zu Tagesordnungspunkt 5
- Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.11.2014 zu Tagesordnungspunkt 10

Kreisausschuss beschließt aufgrund des Antrages der Fraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 20.11.2014 einstimmig die Absetzung des Tagesordnungspunkt 1 von der Tagesordnung.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrats an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Mitgliedschaft im Kreisausschuss
hier: Antrag Kreistagsfraktion DIE LINKE / PIRATEN vom 12.09.2014 | 110/WP14 |
| | -entfällt- | |
| 2. | Forum für Seniorinnen und Senioren;
hier: Benennung von Mitgliedern | 137/WP14 |
| 3. | Ersatzwahl;
hier: Forum für Seniorinnen und Senioren | 141/WP14 |
| 4. | Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA
hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW vom 14.09.2014 und gemeinsamer Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.10.2014 | 111/WP14 |
| 5. | Kommunale Verbraucherpolitik im Kreis Kleve zum Thema machen
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kreistagsfraktion DIE LINKE / PIRATEN vom 27.10.2014 | 136/WP14 |
| 6. | Neubau des Berufskollegs in Geldern;
hier: Erweiterung des Investitionsvorhabens um eine Dreifach-Sporthalle sowie Veräußerung der Dreifach-Sporthalle an der Vernumer Straße in Geldern ("Sporthalle an der Landwehr") | 142/WP14 |

7. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 5 - Kalkar; 115/WP14
Öffentliche Auslegung des Entwurfs nach § 27c Landschaftsgesetz -
LG
8. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees; 116/WP14
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitpla-
nung der Stadt Rees im Zusammenhang mit der Ausweisung von
Konzentrationszonen für Windenergie
9. Mitteilungen
10. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

11. Mitteilungen
12. Anfragen

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 137 /WP14

Forum für Seniorinnen und Senioren;
hier: Benennung von Mitgliedern

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Als Mitglied im Forum für Seniorinnen und Senioren für die Stadt Goch wird Herr Ludger Hendriks, Dr. Wieschhölter-Straße 28, 47574 Goch, benannt.

Als Mitglied im Forum für Seniorinnen und Senioren für die Stadt Rees wird Herr Erwin Semelka, Goethestr. 5a, 46459 Rees, benannt. Als stellvertretendes Mitglied wird Herr Johann Bongardt, Lohrstr. 18, 46459 Rees, benannt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 141 /WP14

Ersatzwahl;
hier: Forum für Seniorinnen und Senioren

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Als stellvertretendes Mitglied im Forum für Seniorinnen und Senioren für die Gemeinde Wachtendonk wird Herr Hans-Joachim Ebel, Acignéring 1, 47669 Wachtendonk, benannt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 111 /WP14

Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA

hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW vom 14.09.2014 und gemeinsamer Antrag der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.10.2014

KTM Franken erläutert, dass die Position der kommunalen Spitzenverbände schriftlich fixiert worden sei, nachdem der Antrag der Fraktionen eingereicht worden sei. Die Positionierung sei wohlwollend zur Kenntnis genommen worden. Im Gegensatz zu den Anregungen aus der Bürgerschaft sei bei dem Antrag der Fraktionen insbesondere auf die kommunale Daseinsvorsorge eingegangen worden. Man sollte sich nicht mit Dingen befassen, die sich nicht im Zuständigkeitsbereich des Kreistages befinden. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung könne als Punkt 4 der Resolution hinzugefügt werden. Damit würde allen Antragsstellern entsprochen. Es wäre begrüßenswert, wenn die Resolution beschlossen würde. Die Parallelen zur Maut seien eindeutig. Auch vorliegend, würden genau die Punkte angesprochen, bei denen der Kreis betroffen ist.

KTM Ulrich macht deutlich, dass man sich inhaltlich einig sei. Jedoch werde nicht deutlich, was mit dem Antrag bezweckt werde, da keine inhaltliche Ergänzung zu der Positionierung der kommunalen Spitzenverbände gegeben sei. Der Landkreistag würde den Kreis ausreichend repräsentieren und es müsse kein zusätzliches Papier verbraucht werden. Eine gesonderte Stellungnahme sei nicht notwendig. Auch die kommunalen Spitzenverbände seien auf die Daseinsvorsorge eingegangen.

KTM Wucherpfennig äußert, dass das Besondere sei, dass der Antrag von ihrer Fraktion und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommt. Hätte die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag gestellt, wäre diesem zugestimmt worden. Der Landkreistag habe erst am 17.11. über die Thematik abgestimmt. Somit habe man sich schon eher mit dem Thema befasst und den Antrag gestellt. Daher sei es gerecht, über den Antrag inklusive der Ergänzung abzustimmen.

KTM Dr. Prior schließt sich KTM Franken an. Die CDU-Fraktion habe einen Antrag zur PKW-Maut eingebracht, obwohl auch dort an übergeordneter Stelle Beschlüsse vorlagen. Dies zeige, dass es sinnvoll sein kann, vor Ort ein Thema anzusprechen. Der Antrag von der SPD-Fraktion und seiner Fraktion sei spezifischer als das Positionspapier.

KTM Prof. Dr. Klapdor merkt an, dass ihm nicht klar sei, wo der Antrag der Fraktionen spezifischer sei als die Positionierung der kommunalen Spitzenverbände. Die Daseinsvorsorge sei in dem Positionspapier sehr ausführlich angesprochen worden. Der Antrag der Fraktionen sei in dem Bereich nicht so spezifisch. Seine Fraktion möchte sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließen.

KTM Ulrich schließt sich KTM Prof. Dr. Klapdor an. Auch sie könne nicht sehen, wo der Unterschied zum Positionspapier liege. Die Vorwürfe von KTM Wucherpfennig weist sie entschieden zurück. Man sei sich über die inhaltliche Positionierung einig und es könne nicht darum gehen, wer zuerst etwas gesagt habe. Bei der PKW-Maut sei der Unterschied, dass die Auswirkungen ganz konkret und intensiv im Kreis Kleve spürbar werden. Die Ursprungsinitiative zur Maut sei vom Landrat und den Bürgermeistern ausgegangen. Die momentane Diskussion sei überflüssig, da man sich einig sei und nur noch das geeignete Verfahren finden müsse. Sie schlage vor, dass

man die Positionierung des Landkreistages unterstütze und darüber hinaus die wesentlichen Punkte aus der Resolution aufnehme.

KTM Franken erwidert, dass nach der Beratung jetzt die Resolution als gemeinsame Resolution auf den Weg gebracht werden könnte. Dann würde man in der Sache weiterkommen. Bezüglich der Kritik, dass der Antrag nicht spezifischer sei, führt er die Punkte ÖPNV und Abfallwirtschaft auf. Zum Argument, dass kein zusätzliches Papier verbraucht werden solle, sei zu sagen, dass dann zunächst über die Digitalisierung der Gremienarbeit nachgedacht werden sollte.

- Auf Vorschlag des Landrates findet eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung statt, in der sich der Landrat und die Fraktionsvorsitzenden austauschen -

KTM Franken erläutert, dass man sich darauf verständigt habe, dass der Kreisausschuss den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussfassung an den Kreistag verweist. Bis zur Sitzung des Kreistages wird ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen erarbeitet, der sowohl die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände als auch die wesentlichen Punkte der Resolution beinhaltet, die sich insbesondere auf die kommunale Daseinsvorsorge beziehen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 136 /WP14

Kommunale Verbraucherpolitik im Kreis Kleve zum Thema machen
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Kreistagsfraktion DIE LINKE / PIRATEN vom 27.10.2014

KTM Franken zeigt seine Überraschung über die Stellungnahme der Verwaltung. Diese würde in der Vorlage vergangene Beschlüsse zur Einrichtung auf eine Verbraucherberatungsstelle aufzuführen. Die Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle sei nicht das Ansinnen der Antragssteller gewesen. Man habe erkannt, dass hierfür keine Mehrheit bestehen würde. Es sei beabsichtigt, dass man sich mit dem Thema Verbraucherpolitik befasse um im Anschluss hieran ggfs. eine mobile Verbraucherberatungsstelle einzurichten. Ein klassisches Beispiel für eine mobile Verbraucherberatung sei bereits vorhanden. Die CDU-Fraktion habe in den Etatberatungen eine mobile Wohnberatung beantragt und diese sei beschlossen worden. Mit dem jetzigen Antrag sei beabsichtigt, dass mit einem Bericht der Verwaltung eruiert wird, ob eine weitere mobile Verbraucherberatung in Betracht käme. Zunächst gehe es nicht um Haushaltsansätze.

Landrat führt aus, dass der Antrag laute, dass der Verbraucherpolitik mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden solle. Daher sei vorliegend nicht die Verwaltung, sondern die Fraktionen angesprochen. Nach Durchsicht des Antrages bleibe für die Verwaltung nur noch der Punkt Nr. 3. Dieser habe Auswirkungen auf den Haushalt.

KTM Ulrich erklärt, dass die Verwaltungsvorlage verständlich sei. Mit dem Beschlussvorschlag sei man einverstanden. Es würden zwei verschiedene Sachverhalte vermischt. Für die Durchführung von Expertengesprächen sei die Politik zuständig. Vor dem Antrag ihrer Fraktion zur Einrichtung einer mobilen Wohnberatung, habe ihre Fraktion den Sachverhalt selbständig recherchiert. Dies sei eindeutig Aufgabe der Fraktionen. Beim Punkt Nr. 3 gehe es um die Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle. Dies habe Einfluss auf den Haushalt. Haushaltsberatungen würden zurzeit nicht stattfinden. Daher solle der Antrag verwiesen werden. Ein konstruktiver Beitrag wäre, wenn man sich auf der Ebene des Landes dafür einsetzen würde, dass Verbraucherberatung flächendeckend eingesetzt und finanziert wird.

KTM Eicker merkt an, dass sich die Vorlage und der Beschlussvorschlag so lesen würden, als wenn man das Thema in die Haushaltsberatungen 2016 verweisen möchte, um den Antrag dann dort abzulehnen.

KTM Prof. Dr. Klapdor sagt, dass der Punkt Nr. 1 des Antrages nicht Aufgabe der Verwaltung sei und auch der Punkt Nr. 2 typischerweise von den Parteien organisiert wird. Es würde nur der Punkt Nr. 3 verbleiben. Dieser habe Relevanz für den Haushalt. Der Antrag werde von seiner Fraktion abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kreistagsfraktion DIE LINKE / PIRATEN vom 27.10.2014 wird abgelehnt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 142 /WP14

Neubau des Berufskollegs in Geldern;

hier: Erweiterung des Investitionsvorhabens um eine Dreifach-Sporthalle sowie Veräußerung der Dreifach-Sporthalle an der Vernumer Straße in Geldern ("Sporthalle an der Landwehr")

Herr Suerick führt aus, dass in der Vergangenheit bei den Überlegungen zum Neubau des Berufskollegs Geldern bewusst die Dachdeckerwerkstatt und die Turnhalle zunächst ausgeklammert wurden. Man habe angenommen, dass ansonsten das Vermögen des Kreises einseitig geschmälert würde. Für die Dachdeckerwerkstatt konnte zwischenzeitlich eine Lösung erzielt werden. Die Stadt Geldern habe 600.000 Euro und die Dachdeckerinnung 400.000 Euro der Kosten übernommen. Der Rest sei beim Kreis verblieben. Offen war somit nur noch die Frage nach der Turnhalle. Damals habe man sich über den Weg von der alten Turnhalle zum Berufskolleg unterhalten. Man sei sich einig gewesen, dass ein Weg von 15-20 Minuten nicht ideal sei. Das jetzige Verhandlungsergebnis sei aus Sicht der Verwaltung mehr als befriedigend. Man habe erreicht, dass der Buchwert Grundlage der Verkaufsüberlegungen sein soll. Dass der Verkehrswert unter dem Buchwert liege, sei allen klar, da es für Turnhallen keinen Markt geben würde. Sollte der Kreistag dem Beschlussvorschlag zustimmen, könne die Turnhalle gleichzeitig mit dem Berufskolleg fertig gestellt werden. Bezüglich der Finanzierung seien zwei Ansätze dargestellt worden. Eine positive Entwicklung im Haushalt würde zulassen, dass aus dem Haushalt selbst die Restkosten übernommen werden können. Daneben habe man die Möglichkeit, einen Vorgriff zu erreichen. Die Verwaltung präferiere die Finanzierung aus eigenen Mitteln ohne zusätzliche Kreditaufnahme.

KTM Düllings bedankt sich bei Herrn Suerick für die ausführliche Darstellung. Aus Sicht seiner Fraktion sei die Vorlage sehr erfreulich. Seinerzeit sei bereits über die Variante mit der Turnhalle diskutiert worden. Damals sei jedoch keine zufriedenstellende Lösung vorhanden gewesen. Daher sei es erfreulich, dass der letzte Baustein nun nachgereicht werden kann. Aus seiner persönlichen Sicht sei eine schnelle Lösung gefunden worden, die so nicht absehbar war. Die Möglichkeit, die Baustelle in Gänze fertigstellen zu können, sei sehr positiv. Hinsichtlich der Finanzierung solle dem Weg der Verwaltung gefolgt werden.

KTM Franken sagt, dass das Thema in seiner Fraktion sehr ausführlich beraten worden sei. Es handele sich um hohe Summen. Daher habe seine Fraktion dem Landrat vor der Sitzung einen Fragenkatalog überreicht.

Der Fragenkatalog wird an die Kreisausschussmitglieder verteilt und KTM Franken liest die Fragen vor. Der Fragenkatalog ist in der Anlage beigefügt.

Herr Suerick beantwortet die Fragen der SPD-Fraktion mündlich, wobei er darauf hinweist, dass diese schon teilweise beantwortet worden seien. Zu Nr. 1 sei zu sagen, dass bei den Überlegungen zum Neubau des Berufskollegs Geldern bewusst die Dachdeckerwerkstatt und die Turnhalle zunächst ausgeklammert wurden. Man habe angenommen, dass ansonsten das Vermögen des Kreises einseitig geschmälert würde. Die Stadt Geldern und die Kreisverwaltung seien gleichberechtigt in das Verfahren eingestiegen. Die Frage Nr. 2 zur Notwendigkeit einer Dreifach-Sporthalle lasse sich hinsichtlich der Größe damit beantworten, dass von den Schülerzahlen eine kleinere Halle nicht möglich sei. Hinsichtlich der Notwendigkeit eines Neubaus sei zu sagen, dass der Wunsch bestehe, dass die Turnhalle sich im unmittelbaren Umkreis der Schule befindet. Zu einer modern konzipierten Schule gehöre zwingend eine Turnhalle. Der Neubau der Sporthalle sei immer schon planerisch vorgesehen gewesen (Frage Nr. 3). Wenn man sich das Grundstück ansehe, könne man ein freies Baufeld sehen, wo die Turnhalle zukünftig stehen soll. Zu Frage Nr. 4 sei zu sagen, dass sich diese Überlegungen im Laufe der Gespräche mit der Stadt Geldern ergeben haben. Die Stadt Geldern habe für den Südkreis in den Raum gestellt, ob es nicht sinnvoll sei, die Halle so zu konzipieren, dass diese auch für überregionale Veranstaltungen genutzt werden kann. Für eine solche Halle seien bestimmte Baumaße zu beachten; sie sei höher und sollte i.d.R. Tribünen haben. Die Baukosten seien zum jetzigen Zeitpunkt überschaubar. Eine spätere Erweiterung sei hingegen zu teuer. Die Abschreibungsdauer betrage 50 Jahre. Soweit sollte man in den Planungen in die Zukunft schauen. Auch der Sportbund sei an einer solchen Halle interessiert. Die Frage, wie sich die Betriebskosten im Vergleich zu der "alten" Halle darstellen (Frage Nr. 5), könne aus dem Stand nicht beantwortet werden. Sicher sei jedoch, dass die "neue" Halle nach den neuesten Erkenntnissen der Wärmedämmung gebaut werde. Daher seien die Betriebskosten sicherlich günstiger als bei der "alten" Halle (Anmerkung der Verwaltung: Die Aufwendungen für die Versorgungsmedien Gas, Strom und Wasser auf das Kalenderjahr 2013 bezogen, belaufen sich auf 11.620,81 Euro (Gas), 786,45 Euro (Wasser) sowie 21.003,27 Euro (Strom)). Die Abschreibungskosten würden sich verdoppeln. Die Ratenzahlung sei das Ergebnis von Verhandlungen (Frage Nr. 6). Die Verwaltung habe die Notwendigkeit dargestellt, im Jahr 2016 die Resteinrichtungen der neuen Sporthalle finanziell darstellen zu können. Die Stadt Geldern sei dem Kreis entgegengekommen und habe eine Teilzahlung akzeptiert. Die Frage Nr. 7 laute, welche Möglichkeiten es geben würde, Fördergelder für die Sporthalle zu erhalten. Hierzu sei zu sagen, dass mit der Schulpauschale alles abgegolten sei. Ob es Fördermöglichkeiten durch den Landessportbund (Frage Nr. 8) gibt, sei ihm nicht bekannt (Anmerkung: Recherchen im Anschluss an die Sitzung haben ergeben, dass keine Fördermöglichkeiten bestehen). Die Auswirkungen auf den Kreishaushalt (Frage Nr. 9) sei, dass die Gesamtzahlen des Haushalts verändert würden. Die Frage sei nur, wie solche Investitionen gedeckt werden können. Die verschiedenen Möglichkeiten seien in der Vorlage dargestellt. Es sei richtig, dass alle Einnahmen allen Ausgaben nach dem Gesamtdeckungsprinzip zur Verfügung stehen (Frage Nr. 10). Es würde keine Bindungswirkung geben. Die Frage Nr. 11 sei wie folgt zu beantworten: Es handele sich bei der Maßnahme um keine Einzelmaßnahme, sondern um eine Gesamtmaßnahme. Von Anfang an sei die Planung einer Turnhalle angedacht worden. Es seien nur die Verhandlungen dazwischen gekommen. Die gesamte Maßnahme werde von einem Planungsbüro begleitet.

KTM Düllings ergänzt zu Frage Nr. 1, dass ihm der Hinweis fehle, wie und mit welchen Bedarfen die Schule konzipiert wurde. Mit dem Berufskolleg seien die Raumprogramme entwickelt worden. Über die Turnhalle sei auch hinsichtlich der Bedarfe für die Unterrichte gesprochen worden.

KTM Franken möchte nochmals auf die Frage Nr. 11 eingehen. Die Verwaltung beziehe sich auf den § 83 GO NRW, bei dem es um die Investitionen gehe, die im folgenden Jahr fortgesetzt werden. Im § 81 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW gehe es um Auszahlungen für bisher nicht geleistete Investitionen, die zwingend zu einem Nachtragshaushalt führen würden. Herr Suerick habe begründet, dass die Turnhalle immer schon geplant gewesen sei. Aus den Niederschriften aus den Sitzungen

vom 21.02.2013 und 14.03.2013 gehe hervor, dass die Turnhalle am alten Standort weiter genutzt werden soll. Insbesondere KTM Gonder habe damals gefragt, ob es nicht sinnvoll sei, eine neue Halle zu bauen. Daraufhin habe Herr Suerick ausgeführt, dass die Substanz der Halle noch so gut sei, dass diese erhaltenswert sei. Der Umbau würde 2,4 Millionen Euro kosten. Jetzt koste der Bau 5,6 Millionen Euro. Er gehe davon aus, dass die 3,2 Millionen Euro Mehrkosten auf die Multifunktionalität der Halle fallen würden. Aus den Niederschriften gehe nicht hervor, dass es sich um eine fortgesetzte Maßnahme handele. Der § 81 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW sage deutlich, dass der Fall der überplanmäßigen Ausgabe nicht mehr gegeben sei, wenn neue Investitionen begonnen werden sollen, für die wegen der fehlenden Einbeziehung in die Haushaltsplanung die entsprechenden Ausgabenermächtigungen des Rates fehlen. Es werde auf das Budgetrecht des Rates bzw. Kreistages explizit hingewiesen. Die Kommentierung gehe somit eher in die Richtung, dass es sich um eine neue Investition handele. Eventuell könne eine Fachstellungnahme des Landkreistages eingeholt werden.

Landrat führt aus, dass KTM Franken in seinen Überlegungen nicht berücksichtigt habe, dass sich das Vorgehen bei der Dachdeckerwerkstatt nicht vom jetzigen Vorgehen unterscheide. Der Kreistag habe den Weg damals für richtig gehalten. Wenn man über die Planung eines Berufskollegs nachdenke, würde es nahe liegen, eine Turnhalle als wesentlichen Bestandteil von Anfang an zu sehen. Seinerzeit sei es aus einer verhandlungstaktischen Situation nicht sinnvoll gewesen, zu beschließen, eine neue Halle zu bauen. Es sei eine Verhandlungsposition erreicht worden, die zu einem ausgewogenen Interessensausgleich führt. Jetzt würde man in die Lage versetzt, eine moderne Halle mit sehr guten Bedingungen zu erhalten. Dies sei nicht zwingend erforderlich, jedoch eine Anerkennung des Sports.

Herr Suerick ergänzt, dass einem Dritten gegenüber keine Verhandlungsposition aufgebaut werden könne, wenn von vornherein klar sei, dass das Objekt, das man veräußern möchte, auf jeden Fall veräußert werde. Die Gegenseite würde dann kein nennenswertes Angebot machen. Daher habe man sich taktisch dem Ziel genähert. So sei man auch bei der Dachdeckerwerkstatt zu einem vernünftigen Ergebnis gekommen. Zum eigentlichen Betrag von 2,4 Millionen Euro sei zu sagen, dass es sich um Nettozahlen handele. Hier müsse man noch den Erlös von 1,45 Millionen Euro draufrechnen. Hinzu kämen Preissteigerungen. Wenn man dies zusammen zählen würde, würde ein Rest verbleiben, der sich aus der Tribüne und der Größe der Halle zusätzlich ergeben würde.

Herr Reynders trägt vor, dass es haushaltsrechtlich um die Frage gehen würde, ob es sich um eine überplanmäßige oder außerplanmäßige Auszahlung handele. Für ihn stehe außer Frage, dass die Sporthalle als Teil des Berufskollegs ein Teil der laufenden Investitionsmaßnahmen ist und damit überplanmäßig. Es sei nichts artfremdes, was dort geschaffen werde und die erworbenen Grundflächen hätten von Anfang an den Bauplatz vorgesehen. Das Budgetrecht des Kreistages werde über die vorliegende Beratung und Beschlussfassung bestätigt und eingehalten.

- Auf Wunsch der SPD-Fraktion findet eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung statt-

KTM Franken erklärt, dass das Verhandlungsgeschehen der Kreisverwaltung nicht kritisiert werden sollte. Die anwesenden Mitglieder seiner Fraktion seien mit der Beantwortung der Fragen der Verwaltung zufrieden. Er melde jedoch Beratungsbedarf bis zum Kreistag an, um die Antworten der Verwaltung in die gesamte Fraktion zu transportieren.

KTM Ulrich äußert, dass es üblich sei, den Beratungsbedarf einer Fraktion zu akzeptieren. Sie möchte jedoch für ihre Fraktion klarstellen, dass dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt werde.

Es wird einvernehmlich festgelegt, dass der Tagesordnungspunkt ohne Beschlussfassung an den Kreistag verwiesen wird.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 115 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 5 - Kalkar;
Öffentliche Auslegung des Entwurfs nach § 27c Landschaftsgesetz - LG

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung.

KTM Dr. Prior trägt vor, dass seine Fraktion im Fachausschuss um Überprüfung von zwei Punkten gebeten habe. Es gehe um die Überprüfung der Notwendigkeit der Verbotsregelung zum Naturschutzgebiet Kalfack „a) *Ackerbauliche Nutzung in einem Abstand von weniger als 10 m vom Gewässerrand*“ und um ähnliche Punkte im Bereich Monreberg.

Landrat sichert die Beantwortung zu.

Anmerkung:

Die Beantwortung der Fragen von Dr. Prior erfolgt in der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der überarbeiteten Fassung des Vorentwurfs das Verfahren zur Aufstellung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 5: Kalkar fortzuführen und den Entwurf gemäß § 27c Landschaftsgesetz - LG öffentlich auszulegen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 116 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees;
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

1. Den nachfolgenden Bewertungen der Verwaltung zu den einzelnen Konzentrationszonen wird zugestimmt:

Potenzialfläche 1: „Heeren-Herken“

Der Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees ist für den LSG-Bereich an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 2: „Kattenbruch“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 3: „BAB“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 4: „Haldern/Wertherbruch“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 5: „Kalfovenweg“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 6: „Haldern-Süd“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 7: „Speldrop“

Eine Anpassung des Landschaftsplans Nr. 4 - Rees an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees ist nicht erforderlich, da keine Schutzfestsetzungen betroffen sind.

2.

Die Verwaltung wird beauftragt, die 4. Änderung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees für die nachfolgend aufgeführten Potenzialflächen im vereinfachten Verfahren gemäß § 29 Abs. 2 Landschaftsgesetz (LG NRW) durchzuführen und umgehend den Eigentümern der von den Änderungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen berührten Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben:

1. Heeren-Herken
2. Kattenbruch
3. BAB
4. Haldern/Wertherbruch
5. Kalfovenweg
6. Haldern-Süd

und

3.

Im Rahmen des vereinfachten Änderungsverfahrens die Unberührtheitsregelungen des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees wie folgt zu erweitern:

Unberührt bleiben, soweit durch besondere Bestimmungen für die einzelnen Landschaftsschutzgebiete nichts anderes bestimmt ist:

„j) bei den von der Stadt Rees bestimmten Flächen für Windenergie: Heeren-Herken, Kattenbruch, BAB, Haldern/Wertherbruch, Kalfovenweg und Haldern-Süd die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich von Konzentrationszonen des Flächennutzungsplans; für die damit verbundenen Ver- und Entsorgungsleitungen ist eine Befreiung zu erteilen, wenn das Vorhaben § 26 (2) BNatSchG nicht entgegensteht.“

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Anfragen

Landrat weist auf die Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.11.2014 hin und erklärt, dass beabsichtigt sei, das Thema Taxitarif in der Sitzung des Fachausschusses, Kreisausschusses und Kreistages am 11.12.2014 zu behandeln. Weiterhin werden in der Sitzung des Kreisausschusses und Kreistags die Themen behandelt, die auch Gegenstand des Schul- und Kulturausschusses am 09.12.2014 sind.

KTM Krystof sagt, dass er am Hochschultag in Kamp-Lintfort von der Neugestaltung der Website des Kreises Kleve erfahren habe. Er erkundigt sich, wie der Zeitplan aussieht und ob es möglich sei, eine kleine Zusammenfassung des Projekts zu erhalten.

Ltd. KVD Boxnick führt aus, dass ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung, der an der Hochschule in Kamp-Lintfort studiert, in das Projekt eingebunden sei. Es sei beabsichtigt, im Frühjahr 2015 eine neue Website des Kreises Kleve einzurichten, die dann durchaus auch vorgestellt werden kann.

Landrat ergänzt, dass es sich nur um eine Entwurfsvision handeln kann. KTM Krystof habe als Mitstudent die Basisarbeit kennen gelernt.

KTM Franken erkundigt sich nach dem Finanz- und Produktcontrollingbericht 2014.

Herr Reynders erklärt, dass der Bericht erarbeitet sei und in der kommenden Sitzung dem Kreistag zugeleitet werde.

Windmüller
(Schriftführerin)

Spreen
(Landrat)